

Jürgen Vable

Über deutsche Regelungswut377

Abhandlungen

Martin Stabno

Neue Anforderungen des Beschäftigtendatenschutzes für die Formulierung von Dienstvereinbarungen379

Am 30.3.2023 hat der EuGH eine Entscheidung über datenschutzrechtliche Fragestellungen zur Zulässigkeit von Videokonferenzen für Lehrkräfte getroffen. Die Bedeutung dieser Entscheidung geht jedoch weit darüber hinaus.

Ungeachtet der Überlegungen zur Schaffung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes sind nun Bundes- und Landesgesetzgeber aufgerufen, die Wirksamkeit der jeweiligen Ermächtigungsgrundlagen im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und den unterschiedlichen Landesgesetzen zu prüfen und ggf. anzupassen. Auch Betriebs- und Dienstvereinbarungen dürfen nicht gegen Art. 88 Abs. 2 DSGVO verstoßen und sind daher zu prüfen. Darüber hinaus haben zahlreiche Verantwortliche ihre Datenverarbeitungen (wie auch im Ausgangsfall das Bundesland Hessen) ausschließlich auf die gesetzliche (Allgemein-) Ermächtigung gestützt. Auch in diesem Fall müssen die datenschutzrechtlich Verantwortlichen prüfen, ob noch eine andere wirksame Rechtsgrundlage vorhanden ist, falls die gesetzliche Grundlage unwirksam wäre und eine Betriebs- oder Dienstvereinbarung nicht zum Tragen kommt.

Nach einer überschlägigen Betrachtung der Problemstellung soll hauptsächlich der Betrachtungsgegenstand dieser Ausarbeitung der Umgang mit Beschäftigtendaten durch Arbeitgeber und Dienstherren sein, die auf eine Kollektivvereinbarung gestützt werden, und damit die Auswirkungen für Betriebs- und Dienstvereinbarungen.

Binke Hamdan/Marwan Hamdan

Der Vertragsschluss – ein Grundlagenbeitrag386

Dieser Beitrag gibt zunächst einen Überblick über die Reichweite sowie die Grenzen der Vertragsfreiheit. Er wendet sich sodann dem Vertragsschluss zu, der Angebot und Annahme erfordert. Die Bedeutung der Vertragsbindung sowie die Auswirkungen eines Einigungsmangels werden ebenfalls aufgezeigt.

Bernd Bak

Präsentieren wie die Profis – souverän vor Publikum auftreten393

Das Präsentieren von Inhalten, Lösungen und Ideen gehört für viele Berufstätige zum Arbeitsalltag. Führungskräfte und Mitarbeitende sprechen zu den unterschiedlichsten Anlässen vor Publikum und geben dabei nicht nur ihre eigene Visitenkarte ab, sondern auch die ihrer Institution. Souveränes Auftreten ist aber auch gefragt, wenn im Unterrichts- oder Seminarbetrieb dem Publikum etwas vermittelt werden soll. In der kommunikativen Welt ist Präsentieren somit zu einer wesentlichen Schlüsselkompetenz geworden, die unverzichtbar ist. Der Beitrag stellt ausgewählte Aspekte einer professionellen Präsentation vor.

Philipp David Legrand/Elisa Schulzki

Demokratieförderung in Verwaltungsausbildung und Verwaltungspraxis399

„Die Gemeinden sind die Grundlage des demokratischen Staates“, heißt es im niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz. Damit kommt den kommunalen Verwaltungen eine besondere Rolle zu, wenn es darum geht, die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort zu fördern. Mitarbeitenden

von Kommunalverwaltungen kommt eine wichtige Bindegliedfunktion zu. Ihre Position birgt viel Potenzial, allen Menschen in der Kommune – auch denjenigen, die sonst schwer erreichbar sind – demokratische Prozesse näherzubringen und die soziale und politische Partizipation in der Kommune zu fördern.

Der Beitrag informiert über das Projekt „Integration, Beteiligung, Demokratiebildung (IBD)“ am NSI, welches hier einen Beitrag leisten soll. Zielgruppen sind Studierende, Auszubildende und Teilnehmende der Angestelltenlehrgänge sowie kommunale Akteure aus Niedersachsen.

Fallbearbeitungen

Jan Seybold

Die Abberufung des Ratsvorsitzenden.402

In dieser Fallbearbeitung aus dem Kommunalrecht geht es um die Rechtmäßigkeit eines Beschlusses der kommunalen Vertretung. Zugleich werden Hinweise gegeben, wie die Bearbeitung von Fällen zur Vorbereitung auf Prüfungen genutzt werden kann und welche Fehler dabei vermieden werden sollten.

Thomas Kulle

Die Harpers408

Gegenstand dieser Fallbearbeitung ist ein möglicher Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II unter Berücksichtigung der aktuellen Änderungen des Bürgergeldes zum 1.1.2023.

Kurzinformationen und Splitter

Splitter – „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen ...“401

Splitter – Erinnerungskultur und Zusammenarbeit mit Yad Vashem407

Rechtsprechung

Eilantrag gegen Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzänderungsgesetzes (BVerfG, Beschluss vom 5.7.2023 – 2 BvE 4/23).....412

Disziplinarmaßnahme gegen einen Beamten wegen Verletzung der Pflicht zu achtungs- und vertrauensgerechtem Verhalten (BVerwG, Urteil vom 28.9.2022 – 2 A 17/21)415

Verwendung von sog. Dashcam-Aufzeichnungen im Schadensersatzprozess (BGH, Urteil vom 15.5.2018 – VI ZR 233/17; LG Landshut, Beschluss vom 1.12.2015 – 12 S 2603/15)417

Der baurechtliche Nachbarwiderspruch und Verwirkung des Widerspruchsrechts (OVG Lüneburg, Beschluss vom 29.2.2022 – 1ME 71/22)418

Schrifttum419

Die Schriftleitung